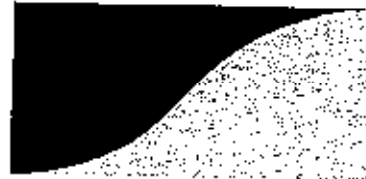


# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 80 38/39  
Telefax: 08 86 846 pbbn d



## Inhalt

37. Jahrgang / 55

22. März 1982

Willy Brandt MdB/MdEP,  
zieht Lehren aus der Nie-  
dersachsenwahl: Mit den  
Konkurrenten noch deutli-  
cher inhaltlich ausein-  
andersetzen. Seite 1

### Lehren aus der Niedersachsenwahl

Mit den Konkurrenten noch deutlicher inhaltlich  
auseinandersetzen

Antje Huber MdB erörtert  
das Problem der Gewalt ge-  
gen Frauen: Frauenhäuser  
haben sich bewährt.

Seite 3

Wolfgang Fechner würdigt  
Gustav Schmidt-Küster zu  
dessen 80. Geburtstag: Die  
Fackel ins Dunkle tragen.

Seite 5

Karl-Heinz Hiersemann MdL  
sieht in der Affäre Lange-  
mann Schatten auf Bayerns  
Staatskanzlei fallen:  
Großes Zittern bei Strauß  
und der Staatsregierung?

Seite 6

Peter Männing MdB zur  
Moratoriums-Diskussion vor  
dem Münchner SPD-Bundes-  
parteitag: Erst einmal  
verhandeln. Seite 7

Von Willy Brandt MdB/MdEP

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

1. Das niedersächsische Wahlergebnis zeigt die Gefahren auf, die in einem zeitweiligen Vierparteien-System für die Bundesrepublik liegen: Diese Entwicklung geht einseitig zu Lasten der fortschrittlichen Kräfte in unserem Lande und begünstigt die Politik der Konservativen.
2. Die CDU/CSU hat in der gegenwärtigen schweren weltwirtschaftlichen Krise nur Vorschläge gemacht, die zu Lasten der Arbeitnehmer und der sozialen Sicherung gehen. Außenpolitisch geht die Union sträflich mit den Interessen unseres Volkes um, wie die Sonthofen-Auftritte des CSU-Vorsitzenden Strauß in den USA ein weiteres Mal gezeigt haben.
3. Gerade in einer so schwierigen Situation wieder jetzigen mit ihren gravierenden wirtschaftlichen und außenpolitischen Herausforderungen bedarf es eines starken Zusammenhalts der sozial-liberalen Koalition.

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 812-1



4. Klare Konturen der beiden Partner schaden der Koalition nicht, sondern nützen ihr. Sie sind die Voraussetzung für faire und in der Sache weiterführende Kompromisse. Sie müssen getragen sein von dem gemeinsamen Willen, im Sinne des verabredeten Regierungsprogramms die Politik der Entspannung und Verständigung fortzuführen und unsere Volkswirtschaft so zu entwickeln, daß sie den Herausforderungen der 80er und 90er Jahre gewachsen ist.
5. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird auf ihrem Münchner Parteitag deutlich machen, mit welcher Politik sie Frieden sichern, Arbeit schaffen und Freiheit bewahren will. Nur eine sachlich starke und geschlossen handelnde Sozialdemokratie kann in unserem Land das Prinzip der solidarischen Gesellschaft als Leitmotiv der Politik erhalten.
6. Die SPD zieht aus der Landtagswahl in Niedersachsen - die von unseren Freunden unter Führung von Karl Ravens mit großem Engagement geführt wurde - die Lehre, daß sie sich mit den konkurrierenden Parteien noch deutlicher inhaltlich auseinandersetzen muß. Wir werden die anderen politischen Kräfte in der Sache stellen und klar machen, wer auf die drängenden Fragen unserer Gesellschaft Antworten weiß und wer sich vor der Verantwortung drückt.

(-/22.3.1982/ks/ca)

+ + +



Frauenhäuser haben sich bewährt  
-----

Problem der Gewalt gegen Frauen größer als angenommen!

Von Antje Huber MdB

Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

Das Problem der Gewalt in der Familie, der Mißhandlung von Frauen durch ihre Männer, ist lange Zeit mit Schweigen übergangen worden. Auch heute noch wird das Ausmaß an psychischer und physischer Gewalt in Beziehungen vielfach verharmlost. Dazu besteht aber leider überhaupt kein Anlaß wie die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung des Modellversuchs Berliner Frauenhaus darlegen.

Diese Einrichtung war das erste Frauenhaus der Bundesrepublik Deutschland. Wir haben es zusammen mit dem Berliner Senat 1976 bis 1979 als Modellprojekt gefördert. In dieser Zeit haben über zweieinhalbtausend Frauen und etwa ebensoviele Kinder dort Schutz gefunden.

Dieses Modell war sozusagen unser erster Baustein unserer Aktivitäten gegen die Gewalt gegen Frauen. Damals wurde die Förderung als ziemlich sensationell empfunden: Mit Ausnahme von Gruppen der Frauenbewegung wurde das Problem von der breiten Öffentlichkeit noch keineswegs als solches erkannt und deshalb auch wenig aufgegriffen.

Heute können wir sagen: Ein Bewußtseinswandel ist eingeleitet, das Problem ist unübersehbar, ist öffentlich geworden. Diese Veränderung wird unter anderem deutlich in der steigenden Zahl von Frauenhausinitiativen - inzwischen über 120 in großen und kleineren Städten der Bundesrepublik.

Zu dieser Veränderung hat das Berliner Frauenhaus-Modell einen wichtigen Beitrag geleistet. Die wissenschaftliche Begleitung hatte den Auftrag, Erkenntnisse über die Situation mißhandelter Frauen und ihrer Kinder aus der Sicht der Betroffenen zu gewinnen, die Konzeption der Hilfsmaßnahmen im Frauenhaus zu untersuchen sowie Empfehlungen zu erarbeiten, die dazu beitragen, daß Behörden und Institutionen den Problemen besser gerecht werden.

Die wichtigsten Ergebnisse sind folgende:

- Das Ausmaß an Mißhandlung von Frauen durch ihre (Ehe)-Männer ist weitaus größer als gemeinhin angenommen wird. Das Problem findet sich in allen sozialen Schichten, in allen Altersgruppen. Die Gewalt von Männern gegen Frauen hat einen sozialen Hintergrund, sie hängt zusammen mit den verschiedenen Aspekten der Abhängigkeit und Benachteiligung von Frauen in unserer Gesellschaft. Mißhandlung geschieht in vielfältigen Formen, oft jahre- und jahrzehntelang. Praktisch immer sind die Kinder mitbetroffen. Oft werden sie selbst geschlagen, eingeschüchtert, in Angst und Schrecken gehalten, auf jeden Fall leiden sie durch das Miterleben der Mißhandlung der Mutter.
- In der sozialen Umwelt treffen mißhandelte Frauen vielfach auf Unverständnis. Hilfsmöglichkeiten der sozialen Dienste sind begrenzt. Die Schwierigkeiten für Frauen, die Mißhandlungsbeziehungen zu verändern oder zu lösen, sind sehr groß. Wenn sie sich trennen, hört die Bedrohung durch den Mann oft noch lange nicht auf. Deshalb schaffen viele Frauen es ohne Unterstützung nicht, sich der Mißhandlung zu entziehen.
- Schutz, Beratung und Unterstützung im Berliner Frauenhaus orientieren sich an dem Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe. Sie setzen ausdrücklich und uneingeschränkt an den Bedürfnissen und Zielvorstellungen der betroffenen Frau an, um ihr die Entwicklung einer nicht mehr von Gewalt geprägten Lebensperspektive zu ermöglichen. Diese



Konzeption hat sich bewährt. Außer der Beratung durch die Mitarbeiterinnen spielt die gegenseitige Unterstützung der Bewohnerinnen eine wichtige Rolle.

- Auch die von der Mißhandlung mitbetroffenen Kinder brauchen Betreuung und die Möglichkeit, ihre Erlebnisse aufzuarbeiten, denn ihre Persönlichkeitsentwicklung ist durch die Mißhandlungssituation erheblich gefährdet.

Die Empfehlungen der wissenschaftlichen Begleitung zur Schaffung wirkungsvollerer Hilfen gegen Frauenmißhandlung beziehen sich vor allem auf

- allgemeine Verbesserung der Beratung für Frauen: Zum Beispiel durch spezielle Frauenberatung oder durch Frauentreffs im Stadtteil; auch für die Kinder sind Beratungsangebote sowie Kinder- und Jugendlichen-Wohngemeinschaften und Kinderschutzhäuser notwendig;
- ergänzende und Folgeeinrichtungen zum Frauenhaus: Hier sind vor allem die Notwendigkeit nachgehender Beratung und Unterstützung sowie Wohngemeinschaften für Frauen vor allem mit Kindern zu nennen;
- bessere Ausschöpfung vorhandener Handlungsspielräume in bestehenden sozialen Einrichtungen: Zum Beispiel beim Sozialamt, bei der ärztlichen Hilfe, bei Polizei und Gerichten. Um dies zu erreichen, ist vor allem Aufklärung und Information der dort Tätigen im Rahmen der Aus- und Weiterbildung notwendig;
- schließlich beziehen sich die Empfehlungen noch auf gesetzliche Veränderungen, die notwendig erscheinen und diskutiert werden sollten, zum Beispiel Strafbarkeit auch der ehelichen Vergewaltigung (Reform des Paragraphen 177 StGB).

Das Modellprojekt "Frauenhaus Berlin" hat inzwischen schon vielen tausend Frauen Schutz, Hilfe und Beratung gegeben. Das klingt ein bißchen trocken und theoretisch. Daher möchte ich zum Schluß zwei Frauen zitieren, um die persönliche Betroffenheit aufzuzeigen, die sich hinter dem Problem "Gewalt gegen Frauen" verbirgt:

- o "Ich habe gehört, da gibt's irgendwie ein Frauenhaus und da habe ich die Anschrift herausbekommen und war einfach da. Da erscheint der Name "Frauenhaus", wo man ja wußte, das sind alles Frauen, denen es so ergangen ist wie dir auch, es war die letzte Stätte, wo ich hätte hingehen können, sonst hätte ich gar nicht gewußt, wohin."
- o "Da hab ich zum ersten Mal wieder angefangen aufzuatmen und zu merken, daß ich auch wer bin...und selber auch was kann und was nutze bin." (-/22.3.1982/ks/ca)

+ + +



Die Fackel ins Dunkle tragen  
-----

Zum 80. Geburtstag von Gustav Schmidt-Küster

Von Wolfgang Fechner

Am 25. März begeht Gustav Schmidt-Küster seinen 80. Geburtstag, den er ohne äußeren Aufwand im Kreise der Familie feiern will. In nahezu vier Jahrzehnten aktiver Tätigkeit als Buch- und Zeitungsverleger, als Buchhändler und Politiker ist Gustav Schmidt-Küster eine markante Persönlichkeit im deutschen Verlagswesen und Buchhandel gewesen. Der Name des von ihm gegründeten und ein Vierteljahrhundert geleiteten "Fackelträger"-Buchverlages in Hannover sagt mehr über seine verlegerischen Intentionen aus, als es in vielen Worten dargestellt werden könnte. Der Tradition und dem Bildungsauftrag der deutschen Arbeiterbewegung tief verhaftet, gehörte Gustav Schmidt-Küster zu denen, die die Fackel ins Dunkle tragen wollten, damit es dort auch hell werde.

Sein Leben und Wirken hat sich im wesentlichen in den zwei Städten Magdeburg und Hannover abgespielt, die für die deutsche Sozialdemokratie historische Bedeutung haben. In Hohenwarsleben, einem Ort in der Magdeburger Börde, geboren, wurde er Buchhändler und kam auch in den ersten Kontakt zum Zeitungsbetrieb. Sehr jung schon fand er den Weg zur sozialistischen Jugendbewegung, deren Ideale ihn prägen sollten, und zur SPD.

Nach 1933 ging es ihm wie Tausenden anderen Aufrechten auch: Verhaftung, Berufsverbot, individueller Terror. Gustav Schmidt-Küster blieb seiner Überzeugung treu und wurde in jenen dunklen Jahren für viele andere Freunde Helfer und Verbindungsmann, Verhaftung und Terror erfuhr er aber erneut nach 1945, als er als Vorsitzender des SPD-Bezirks Magdeburg sowjetischen und deutschen Kommunisten im Wege war, weil er gegen die Zwangsvereinigung der SPD mit der KPD auftrat.

In Hannover fand er 1947 seine neue Heimat und seine neuen Aufgaben. Zunächst als Verlagsdirektor der "Hannoverschen Presse", die er bis zum Sommer 1971 geschäftlich leitete. In die 25 Jahre aktiver Arbeit in Hannover fallen auch die schon erwähnte Gründung des "Fackelträger"-Verlages, der unter seiner Leitung Olaf Gulbransson, Otto Dix, Franz Masereel, Karl Arnold, Eugen Roth, Franziska Bilek und viele andere Künstler und Köpfer einem breiten Publikum zugänglich machte. Weitere Zeugnisse für die erfolgreiche Arbeit Gustav Schmidt-Küsters als Verleger sind die Fortführung des traditionsreichen J.H.W. Dietz-Verlages und die Gründung des Verlages für Literatur und Zeitgeschehen. Diese Positionen sind zweifellos sein Lebenswerk, wenn er auch noch auf vielen anderen Gebieten verantwortlich tätig war, so beispielsweise als Gesellschafter der "Neuer Vorwärts-Verlag", als Vorsitzender der Gruppe sozialistischer Verleger und Buchhändler. Außerdem gehörte er den Vorständen der Zeitungsverlegerverbände an.

Neben dem politischen Sachbuch, dem sich Gustav Schmidt-Küster besonders verpflichtet fühlte, nahm er mit dem "Fackelträger"-Verlag auch Einfluß auf das literarische Leben. Am deutlichsten wird das an der liebevollen Pflege, die er dem Gesamtwerk Wilhelm Buschs und Heinrich Zilles angedeihen ließ. Er gründete 1967 die Heinrich-Zille-Stiftung und stiftete einen Preis für kritische Grafik, die er besonders förderte.

Seine Verdienste als Zeitungs- und Buchverleger wurden 1967 von der niedersächsischen Landesregierung mit der Verleihung des Großen Verdienstkreuzes des niedersächsischen Verdienstordens gewürdigt. 1968 ernannte ihn die britische Königin zum Konsul von Malta in Hannover.

(-/22.3.1982/ks/ca)

+ + +



## Großes Zittern bei Strauß und der Staatsregierung?

Die Affäre Langemann wirft ihre Schatten auf die Staatskanzlei

Von Karl Heinz Hiersemann MdL

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im bayerischen Landtag

Die Affäre Langemann hat mit der vorübergehenden Festnahme der Hauptperson eine dramatische Entwicklung genommen, die, neben vielen anderen Aspekten, die Vermutung rechtfertigt, daß nun endgültig bei Strauß, der Staatsregierung und auch in der CSU-Zentrale das große Zittern ausgebrochen ist. Das Zittern und die Angst davor, daß Langemann den Beweis für seine einmal getroffene Behauptung antreten könnte, er sei "der stärkste Mann in Bayern". Das Zittern davor, daß Langemann sein Wissen über das hintergründige Wirken und Verhalten etlicher CSU-Größen vor dem Generalbundesanwalt ausbreiten könnte. Die Staatsregierung und die bayerischen Behörden haben den Fall seit der Festnahme Langemanns durch die Bundesanwaltschaft nicht mehr in der Hand.

Bisher deutet alles darauf hin, daß Langemann und das Tandler-Ministerium gewissermaßen kooperierten nach dem Motto "eine Hand wäscht die andere". Tandler behandelte Langemann außerordentlich pfleglich, sagte nichts Unfreundliches über ihn. Warum? Damit Langemann seinerseits den Mund hält. Nunmehr aber steht Langemann vor der Notwendigkeit, sich seiner Haut zu wehren, sich zu rechtfertigen, eine drohende Strafe wegen Landes- und Geheimnisverrats abzuwenden. Ein freundlicher Tandler nützt ihm nichts mehr.

Man darf sich darüber wundern, warum der Generalbundesanwalt sich so lange Zeit ließ. Eine mögliche Erklärung: Man ging davon aus, daß die bayerische Staatsanwaltschaft zügig die Aufklärung des Falles betreiben würde. Diese unternahm eine Hausdurchsuchung bei Langemann, die freilich eher einem Höflichkeitsbesuch glich (Langemann: "Ich selbst führte die Herren herum"). Danach geschah nichts. Das war dem Bundesanwalt wohl zu wenig.

Es ist schon ein sehr seltsamer Vorgang, daß die Bundesanwaltschaft von sich aus eine erneute Hausdurchsuchung veranlaßte. Dies kann doch wohl nur bedeuten, daß man mit der Ermittlungsarbeit der bayerischen Kollegen nicht zufrieden war. Die neuerliche Hausdurchsuchung verlief denn auch alles andere als höflich. Sie erfolgte ohne Voranmeldung, zog sich tief in die Nacht (vom Mittwoch zum Donnerstag) hinein und endete gegen zwei Uhr mit der Festnahme. Letztere scheint Langemann derart mitgenommen zu haben, daß er zunächst in ein Krankenhaus gebracht werden mußte.

Der Generalbundesanwalt hat die Möglichkeit, Langemann nicht nur über seine BND-Zeit zu befragen, sondern auch über Vorgänge während seiner Amtszeit im bayerischen Innenministerium. Strauß steht in der Affäre ohnehin im Feuer, da er, etwa in der "Spiegel"-Affäre, auch schon zu Langemanns BND-Zeiten eine Hauptrolle spielte. Nun drohen die ganzen mysteriösen Agentengeschichten und Abhöraffaires der siebziger Jahre auf Strauß und die CSU zuzukommen. Nun droht die Wahrheit darüber herauszukommen, warum Langemann 1973 so mächtig war, daß er mit Hilfe von Ludwig Huber seine Anstellung im Innenministerium durchsetzen konnte.

Bayerns Ex-Verkehrsminister Ludwig Huber wird womöglich nach mehr als zehn Jahren von einigen Kapiteln seiner Vergangenheit eingeholt. Die Italienreise, die er angeblich auf Vermittlung von Langemann unternommen hat, könnte sich im Nachhinein als nicht so unterhaltsam herausstellen wie sie damals gewesen zu sein scheint.

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß, der auf Antrag der SPD-Landtagsfraktion Ende März eingesetzt werden wird, bekommt durch die jüngste Entwicklung ein noch größeres Gewicht. Es geht dabei wahrhaftig nicht um die Ausbreitung irrelevanter Geheimdienststories, es geht letztlich um die Befürchtung, daß ehemalige und amtierende Mitglieder der Staatsregierung erpreßbar sind. Und es geht darum, die Arbeit und Qualität des bayerischen Staatsschutzes zu hinterfragen.

(-/22.3.1982/hi/ca)

+ + +



**Erst einmal verhandeln**

Zur Moratoriumsdiskussion vor dem Münchner Bundesparteitag

Von Peter Männing MdB

Obmann der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

im Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle

Noch vor wenigen Jahren war der lateinische Begriff "Moratorium" kaum jemandem geläufig. Und wer es kannte, dachte eher an Geld als an Waffen. Dem entspricht auch die Definition des Dudens, wonach ein Moratorium ein "gesetzlicher oder vertraglicher Aufschub der Erfüllung fälliger (finanzieller) Verpflichtungen" ist.

In die breitere öffentliche Diskussion geriet der Begriff seit Beginn der Auseinandersetzungen über atomare Mittelstreckenwaffen. Um zu verhindern, daß auf dieser Ebene immer weiter gerüstet wird, wurde nach politischen Instrumenten gesucht, die den Selbstlauf der Waffenentwicklung unter Kontrolle bringen könnten. Mit Rüstungsmoratorien sollte ein Aufschub bei der Realisierung geplanter Aufrüstungen ermöglicht werden, es sollte Zeit gewonnen werden, um die Chancen für Abrüstungsverhandlungen zu verbessern.

Die SPD hat die Diskussion über ein Moratorium für Mittelstreckenwaffen auf ihrem Berliner Parteitag im Dezember 1979 aufgegriffen und ein Konzept formuliert, das beschreibt, unter welchen Bedingungen ein Moratorium einen abrüstungspolitischen Sinn gibt. In Ziffer 29 des Antrages elf heißt es: "Es ist zu prüfen, ob bei fortschreitendem Verhandlungsprozeß überprüfbare Vereinbarungen (Moratorien) über einen Produktions- und Stationierungsstopp neuer nuklearer Waffensysteme die Erfolgsaussichten von Verhandlungen zwischen NATO und Warschauer Pakt erleichtern würden."

Hinter dieser Formulierung steht die Überzeugung:

1. Verhandlungen zur Reduzierung der Waffen haben Vorrang vor Moratorien zu haben;
2. Moratorien können ein Mittel sein, um Verhandlungen positiv zu beeinflussen;
3. die politische Funktion von Moratorien ist erst einzuschätzen, wenn schon eine Zeit lang verhandelt worden ist.

Die Kontroverse, die diese Position auslöste, hatten mit dem Moratoriums-Gedanken selbst zunächst nichts zu tun. Sie hingen zusammen mit den unterschiedlichen Berechnungen des ost-westlichen Kräfteverhältnisses bei den nuklearen Mittelstreckenwaffen. Wer von einem ungefähren Gleichgewicht ausging, der verband mit dem Moratorium die Vorstellung, daß die UdSSR den Bestand ihrer Raketen und einiger Flugzeuge, die USA den Bestand ihrer "Forward Based Systems" einfrieden. Er hoffte, auf diese Weise die Stationierung neuer amerikanischer Raketen zu verhindern.

Wer von einem Ungleichgewicht ausging, der sah den Westen "faktisch" (nicht vertraglich vereinbart) bis Ende 1983 ohnehin im Zustand eines Moratoriums und forderte von der UdSSR die Beendigung ihrer weiteren Raketenrüstung.

Vier Monate nach dem Berliner Parteitag kam es erneut zu einer Belebung der Moratoriumsdiskussion. Anlaß waren Reden von Helmut Schmidt in Hamburg und Essen. Vor der Landesdelegierten-Konferenz in Hamburg sagte Helmut Schmidt am 11. April 1980: "Ein erster Schritt in die richtige Richtung könnte darin liegen, daß beide Seiten gleichzeitig für eine bestimmte Anzahl von Jahren auf eine Dislozierung von neuen oder zusätzlichen Mittelstreckenwaffen verzichten und diese Zeit für Verhandlungen nutzen. Ich räume ein: Der gegenwärtig erreichte Vorsprung der Sowjetunion würde für diese Zeit bestehen bleiben. Aber das wäre auch ansonsten mindestens für drei Jahre der Fall, ja der sowjetische Vorsprung würde in der Periode der drei Jahre noch wachsen, die der Westen für seine Produktion braucht".

Und am Tag darauf, am 12. April 1980, auf einer Wahlveranstaltung in Essen: "Ein erster möglicher Schritt zur Lösung dieses Konfliktes könnte darin liegen, daß beide Staaten gleichzeitig für eine bestimmte Zahl von Jahren darauf verzichten, neue zusätzliche oder modernere Mittelstreckenwaffen herzustellen, damit diese Zwischenzeit von Jahren zu Ver-



handlungen und zur beiderseitigen Begrenzung - Begrenzung auf ein Gleichgewicht auf niedrigerer Ebene - genutzt werden kann. Ich weiß, daß manche Kritiker von rechts in unserem Lande und sonstwo im Westen gegen diesen Vorschlag einwenden werden, er ließe die bisher bereits eingetretene Überlegenheit der Sowjetunion bei Mittelstreckenwaffen außer Ansatz. Das ist wahr. Nur das, was bisher an Übergewicht schon eingetreten ist und was jede Woche und jeden Monat noch hinzu kommt, das würde eh in den nächsten drei Jahren noch größer werden als es heute schon ist. Wir laufen damit kein zusätzliches Risiko."

Die Sowjetunion ließ sich mit konkreten Reaktionen auf diese Überlegungen Zeit. Den wichtigsten Schritt tat sie im Juli 1980 beim Besuch des Bundeskanzlers und Außenminister Genschers in Moskau, als sie sich bereiterklärte, mit den USA Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen ohne Vorbedingungen aufzunehmen.

Auf Moratoriumserwägungen ging General Breschnew in seinem Rechenschaftsbericht an den 26. Parteitag der KPdSU im Februar 1981 ein: "Wir schlagen vor, uns darüber zu einigen, schon jetzt ein Moratorium über die Stationierung neuer nuklearer Kampfmittel mittlerer Reichweite der NATO-Länder und der UdSSR in Europa zu verhängen, das heißt das bestehende Niveau solcher Mittel, darunter selbstverständlich der vorgeschobenen Kernmittel der USA in diesem Raum, quantitativ und qualitativ einzufrieren. Ein solches Moratorium könnte sofort mit Beginn entsprechender Verhandlungen in Kraft treten und seine Geltung bewahren, bis ein endgültiger Vertrag über die Begrenzung oder - besser noch, die Reduzierung solcher Kernmittel in Europa - geschlossen sein wird. Hierbei lassen wir uns davon leiten, daß beide Seiten jegliche Vorbereitungen auf die Stationierung entsprechender hinzukommender Mittel, darunter der amerikanischen "Pershing II"-Raketen und der bodengestützten strategischen Flügelraketen, einstellen."

Alle seit dem 26. Parteitag hinzugekommenen sowjetischen Erklärungen zur Moratoriumsidee sind lediglich Variationen dieses ersten Vorschlages. So zum Beispiel die Breschnew-Rede vom 7. April 1981 in Prag, seine Ansprache beim Essen zu Ehren von Willy Brandt am 30. Juni 1981, der Prawda-Artikel des Verteidigungsministers Ustinow vom 25. Juli 1981. Keine dieser Äußerungen enthält Veränderungen in der Substanz. Auch nicht Breschnews Moratoriums-Ankündigung auf dem Gewerkschaftskongreß der vergangenen Woche.





Die Einwände des Westens gegen diese sowjetische Position beziehen sich vor allem auf drei Punkte:

1. Die Geltungsdauer für ein Moratorium. Die UdSSR möchte die vorhandenen Rüstungen solange einfrieren wie die Verhandlungen dauern. Damit würde sie auf unabsehbare Zeit eine Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen verhindern, ohne selbst die eigenen Systeme abbauen zu müssen. Eine Null-Lösung wäre somit blockiert. Es würde der Anreiz entfallen, bis Ende 1983 bei den Genfer Verhandlungen zu einem notifizierbaren Zwischenergebnis zu kommen. Der politische Druck, der vom Rüstungsteil des Doppelbeschlusses ausgeht, wäre da nicht länger vorhanden.
2. Der geographische Geltungsbereich. Breschnew spricht lediglich von atomaren Mittelstreckenwaffen "in Europa". Die im asiatischen Teil der Sowjetunion befindlichen Raketen, die aufgrund ihrer Reichweite Westeuropa ebenso bedrohen können, bleiben unerwähnt. Das gilt im übrigen nicht nur für die sowjetischen Vorschläge zur Begrenzung der eigenen Raketen, sondern auch für ihre Reduzierungsangebote.
3. Die Einbeziehung der Stationierungsvorbereitungen. Die Sowjetunion geht davon aus, daß es heute bereits ein Gleichgewicht gibt, das erst morgen durch neue Rüstungen der USA oder der UdSSR verändert werden würde. Wäre das Konsens, dann hätte der Westen die sowjetische Verhandlungsposition akzeptiert. Ohne Vorbereitungsmaßnahmen für die Stationierung der Cruise Missiles und der Pershing II stünde die Ernsthaftigkeit bei der Verfolgung beider Teile des Doppelbeschlusses in Frage.

Für die Diskussion innerhalb der SPD ist es deshalb wichtig, sich wieder an die Beschlußlage des Berliner Parteitages zu erinnern. Wir wollen nicht nur zeitweilige Aufschübe in der Mittelstreckenrüstung, sondern wir wollen Verhandlungen, die zur Null-Lösung führen. Mit diesen Verhandlungen ist in Genf am 30. November letzten Jahres angefangen worden. Bis zum Ende 1983 bleibt nicht mehr sonderlich viel Zeit. Gespräche über die Vereinbarung von Moratorien würden jetzt, da die Verhandlungen laufen, nur weitere wertvolle Monate kosten. Und sie würden uns in der Hauptsache, der angestrebten Null-Lösung, nicht voranbringen.

Daß dennoch eine Überprüfung der Moratoriums-Idee zu einem späteren Zeitpunkt, wenn bereits Verhandlungsergebnisse vorliegen, sinnvoll sein könnte, wird im Leitantrag des Parteivorstandes für den Münchner Parteitag erneut durch den ausdrücklichen Verweis auf den Berliner Beschluß bestätigt.

(-/ 22.3.1982/ks/ca)

+ + +  
Verantwortlich: Willi Carl

